WELT N24

PANORAMA „MAYBRIT ILLNER“

Abschieben ja, aber bitte nicht die Falschen

Von Christian Düringer | Stand: 08:24 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Maybrit Illner diskutiert mit ihren Gästen das Thema "Flüchtlinge unter Verdacht – Willkommenskultur am Ende?"

Quelle: ZGB

Freiburgs Oberbürgermeister glaubt nach dem mutmaßlich durch einen Asylbewerber begangenen Mord an die Offenheit seiner Stadt. Wie Hannelore Kraft macht er es sich beim Thema Abschiebungen einfach.

„Freiburg hat kein besonderes Problem, wir sind schlicht nicht das süddeutsche Bullerbü, für das wir gerne gehalten werden.“ So kommentierte vor wenigen Tagen Freiburgs grüner Oberbürgermeister Dieter Salomon (Grüne) die Situation in seiner Stadt für „Spiegel Online“. Der mutmaßlich von einem minderjährigen Asylbewerber begangene Mord an einer 19-jährigen Medizinstudentin legte Risse im Idyll offen.

Das Verbrechen wurde nicht mehr nur als Einzelfall wahrgenommen, sondern als trauriger Höhepunkt einer Entwicklung, die bereits Anfang des Jahres mit sexuellen Übergriffen im studentischen Nachtleben begann. Freiburger Clubs verwehrten seinerzeit Asylbewerbern sogar zeitweise den Zutritt, was so gar nicht ins Selbstbild der sonst so weltoffenen und

liberalen Studentenstadt passen wollte.

Bevor Salomon in Maybrit Illners Talkrunde am Donnerstagabend eindringlich vor einer ungerechten Pauschalverurteilung von Migranten warnte, eröffnete Johannes Forck die Sendung in einem Einzelinterview. Der Freiburger Jurastudent kannte die Ermordete persönlich. Die Stimmungslage in der Stadt beschrieb er als angespannt, aber differenziert. Im Kontext der vorausgegangenen Vorfälle mit Flüchtlingen sei die Nachricht gar nicht so überraschend gekommen. Aber auch wenn jetzt vor allem junge Frauen sehr verunsichert seien, an ein Kippen der Stimmung glaubte Forck nicht: „Wir bleiben eine weltoffene Stadt. Am Tag nach der Festnahme kamen auf 20 AfD-Demonstranten 200 Gegendemonstranten. Das zeigt die Verhältnisse in Freiburg.“

Mord ist ein Kapitalverbrechen, und zwar überall

In der daran anschließenden Debatte zum Thema „Flüchtlinge unter Verdacht – Willkommenskultur am Ende?“ wies dann auch Salomon darauf hin, dass man nichts beschwichtigen oder verharmlosen solle, aber die Emotionen in dem Fall auf eine sachliche Ebene lenken müsse. Die bisherigen Probleme mit Flüchtlingen in der Stadt wollte er deshalb nicht mit dem Mordfall an der Studentin in Verbindung bringen: „Vor einem Jahr hatten wir die Diskussion in den Clubs mit den sexuellen Übergriffen. Aber es ist ein Unterschied zwischen verbaler Anmache, körperlicher Anmache und jemandem, der einen anderen vergewaltigt und umbringt. Das ist ein Kapitalverbrechen, und zwar überall. Da kann sich keiner rausreden, er habe das nicht gewusst.“

Emitis Pohl, Dieter Salomon und Rainer Wendt (v.l.)

Quelle: ZGB

Man hätte jetzt im Gegenzug spitzfindig nachhaken können, ob man sich denn bei sexuellen Übergriffen in Freiburger Clubs mit dem Hinweis auf kulturelle Unterschiede aus der Affäre ziehen kann, aber stattdessen wollte Illner von Rainer Wendt eine Stellungnahme hören. Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft hatte sich in den letzten Tagen weit aus dem Fenster gelehnt, als er den „Vertretern der Willkommenskultur" im Freiburger Mordfall Schweigen vorwarf, während die Angehörigen trauerten.

„Der Staat war nicht gut vorbereitet“

Wendt war daraufhin scharf kritisiert worden. SPD-Chef Sigmar Gabriel fand gar, dass er auf dem Rücken des Opfers Stimmungsmache betreibe. Bei Illner gab sich Wendt vergleichsweise sachlich und zurückhaltend. „Haben wir wirklich immer alles getan, und waren wir auf diese Situation gut vorbereitet?“, fragte er nach den Auswirkungen des Flüchtlingsstroms im vergangenen Jahr. Die Antwort lieferte er sich selbst: „Nein, der Staat war nicht gut vorbereitet, und das hat nichts mit einem Generalverdacht zu tun.“ Angesichts der Sozialisierung junger, männlicher Kriegsflüchtlinge forderte Wendt eine psychotherapeutische Betreuung in der Aufnahmephase.

Die Unternehmerin und Autorin Emitis Pohl schilderte ihre Erfahrung als Einwandererin

vor knapp 30 Jahren aus dem Iran und bekannte sich zu ihrer Unsicherheit. „Ja, ich hab Angst um meine Töchter, und ich habe mir Pfefferspray besorgt“, so Pohl, die bei den Übergriffen in der Kölner Silvesternacht dabei war. „Es ist absurd, dass ich dafür in die rechte Ecke gestellt wurde.“ Sie beobachte mit Sorge, dass sich die Gesellschaft spalte.

„Freizügig angezogene Frauen an Karneval sind keine Prostituierten“

Pohl, die selbst einen jungen Flüchtling aus Afghanistan bei sich aufnahm, erklärte das kaum nachvollziehbare Frauenbild, das diese jungen Männer hätten: „Mein Flüchtlingskind kennt Frauen in Burka, die, wenn sie mit 15 nicht verheiratet sind, als Prostituierte gelten.“ Integration ginge weit über Sprachkurse hinaus, und für Aufklärung sei mehr notwendig als Grafiken und Piktogramme: „Ich bin für ihn Vorbild und habe ihm zum Karneval erklärt, dass freizügig angezogene Frauen keine Prostituierten sind.“

Von der Politik forderte Pohl ein längst überfälliges Einwanderungsgesetz. Gegenwärtig habe man keinen Plan und keine Agenda. Damit spielte sie den Ball zu Hannelore Kraft (SPD) und Michael Kretschmer. Seitdem die CDU beim gerade abgehaltenen Parteitag in den Wahlkampfmodus schaltete und für die Zukunft eine verschärfte Asylpolitik anschob, scheint es auch mit dem zuletzt gewohnten Kuschelkurs in Talkrunden vorbei zu sein.

Schon am Vorabend setzte sich der Vorsitzende der Jungen Union, Paul Ziemiak, bei Sandra Maischberger für eine härtere Gangart bei Abschiebungen nicht anerkannter Flüchtlinge ein. Michael Kretschmer hielt bei Illner Kurs. SPD und Grünen warf der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor, die Ernennung von nordafrikanischen Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten zu blockieren. Das sei aber ein wichtiger Schritt, genau wie konsequente Abschiebungen. „Alle Bundesländer, die sich damit brüsten, nicht abschieben zu wollen, trampeln auf den Nerven der Leute herum.“

„Wir können die Menschen ja nicht über Marokko abwerfen“

Salomon und Kraft machten es sich daraufhin recht einfach, indem sie auf die Probleme mit den Herkunftsstaaten verwiesen. Es gäbe nun einmal keine tragfähige Lösung, um

diese Menschen abzuschieben, sagte die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin, die eigentlich ohnehin lieber über Integration sprechen wollte. „Was nutzt ein Abschiebebescheid, wenn wir sie nicht loswerden können?“ Auch Salomon nahm dieses Problem als gegeben hin. Die Verhandlungen sind gescheitert, und wir können die Menschen ja nicht über Marokko abwerfen.“

Eine beliebte Taktik der Illner-Redaktion ist es, anwesende Politiker mit möglichst tragischen Einzelschicksalen zu konfrontieren. Diese Rolle fiel an diesem Abend Mazour Hossein Sharifi zu. Dem integrationswilligen Flüchtling aus Afghanistan droht die Abschiebung, obwohl er seit fünf Jahren in Deutschland lebt, er der deutschen Sprache mächtig ist und längst einen Job haben könnte.

Nach Sharifis Auftritt waren sich sogar Wendt und Salomon einig, dass man zu oft die Falschen abschiebe. „Menschen, die sehr lange hier sind, Kinder haben und längst integriert sind, schieben wir ab und Intensivtäter nicht“, bedauerte Wendt, und Pohl fühlte sich mit ihrer Forderung nach einem Einwanderungsgesetz bestätigt: „Ich sollte auch nach zwölf Jahren während meines Studiums abgeschoben werden und musste dann einen Asylantrag stellen, um bleiben zu können. Das ist ein krankes System.“

© WeltN24 GmbH 2016. Alle Rechte vorbehalten.

Ein Angebot von WELT und N24.

© WeltN24 GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: http://epaper.welt.de

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: https://www.welt.de/160133763